Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17. Jahrgang

Oktober/ November 2008

65 798 x DANKE!

Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die uns ihre Stimme und somit ihr Vertrauen geschenkt haben.

Wir machen weiter Politik für einen sozial gerechten und nachhaltigen Landkreis Oder-Spree. Vor Ort und in Beeskow. Dazu zählt für uns der Kampf um Arbeit, von der man menschenwürdig leben kann, genauso wie der kostenlose Schülerverkehr. Wir setzen uns weiter ein für eine deutliche Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur in Oder-Spree.

Wir machen Politik für Sie und mit Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger. Versprochen!

Kreistag des Landkreises Oder-Spree hat sich am 22. Oktober 2008 konstituiert.

DIE LINKE mit 16 Abgeordneten im Kreistag

Die gebildeten Arbeitsgremien des Kreistages bestimmen in erheblichem Maße Inhalte und Richtung der zukünftigen Arbeit des Kreistages.

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag, nun dank des Vertrauens der Wähler als zweitstärkste Fraktion mit 16 Abgeordneten im Kreistag vertreten, hatte im Vorfeld der Konstituierung ihre Zielsetzungen in „10 Punkten für die Politik im Landkreis Oder-Spree“ formuliert und öffentlich gemacht. Diese 10 Punkte bilden für unsere Fraktion auch die Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Kreistag. Schwerpunkte sind darin vor allem die Einflussnahme des Kreistages auf die vom Landkreis in eigener Regie erfolgende Verwaltung der Hartz-IV-Leistungen, die Herbeiführung von wirklicher Transparenz in Haushaltsfragen nach Umsetzung des neuen „doppischen“ Haushaltsrechtes (Kunstwort für doppelte Haushaltsführung in öffentlichen Verwaltungen, Red.), die Verstärkung der Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in Angelegenheiten des Landkreises und ein breites Bündnis und wirksame Aktivitäten gegen Rechtsextremismus.

Die konstituierende Sitzung des Kreistags hat überdeutlich gezeigt, dass die mit 17 Abgeordneten nur knapp als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervorgegangene SPD-Fraktion im Verbund mit dem Wahlverlierer CDU und einer sich offensichtlich anbiedernden FDP-Fraktion nicht einmal ein „Weiter so“ wie in der vergangene Wahlperiode, sondern vielmehr ein „Noch Weniger“ umzusetzen beabsichtigt: Noch weniger Kontrolle der Verwaltung, noch weniger Mitspracherechte des Kreistages und seiner Bürger in den Angelegenheiten des Landkreises gegenüber der Verwaltung, noch mehr Delegation der Verantwortung an den Landrat. Deutlich wurde diese Zielsetzung der offensichtlich bisher existierenden „virtuellen Koalition“ SPD-CDU-FDP in der Ablehnung aller Anträge und Vorschläge der Fraktion DIE LINKE, vor allem betreffend die Bildung von Ausschüssen für Grundsicherung, für Finanzen und Rechnungsprüfung, der Beibehaltung des Werksausschusses Rettungsdienst, die Wahrnehmung des Vorsitzes im Kreisausschuss nicht durch den Landrat. Weiterhin lehnte die genannte Mehrheit es ebenfalls ab, sich mit der Ausgestaltung sowohl der Mitwirkungsrechte des Kreistages wie auch der Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises durch Einbringen entsprechender Regelungen in die von der Verwaltung erstellten Entwürfe der Hauptsatzung und Geschäftsordnung befassen zu wollen. Beide Grundsatzdokumente, die quasi das Statut des Landkreises bilden, wurden ohne größere Diskussion „durchgewunken“. Die Fraktion DIE LINKE wird ungeachtet dessen die Qualifizierung beider

In dieser Ausgabe:

Optionskommune LOS – nun in der „Black Box“ des Landrates 2

10 Punkte für die Politik im Oder-Spree-Kreis 4

Landtagsreport 5
- Hochschulausbildung für Kita-ErzieherInnen
- Sprechstunde „unter freiem Himmel“ 2008
- Erwacht aus dem Dornröschenschlaf

Finanzkriese – Und es stinkt doch 6

Solidarität jetzt! 7

Viva la Republica! 8

Ein Bundespräsident des Volkes 9

Gebietsvorstand Beeskow sagt Danke! 11

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Monika Krüger
Fraktionsvorsitzende
Gosen-Neu Zittau
53 Jahre, Angestellte

Dr. Artur Pech
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Schöneiche
61 Jahre, Unternehmensberaterer

Gabriele Baum
Storkow
51 Jahre,
Lehrerin i. R.

Prof. Dr. Eva Böhm
Woltersdorf
70 Jahre, Hochschullehrerin i. R.

Helga Böhnisch
Eisenhüttenstadt
63 Jahre, Mitglied des Landtages Brandenburg

Dokumente in der nächsten Kreistagssitzung einfordern.

Herr Jörg Vogelsänger (MdB, SPD-Unterbezirksvorsitzender und Abgeordneter des Kreistags) hat mehrfach öffentlich dargestellt, dass es Angebote von Gesprächsterminen zur Beratung über Möglichkeiten der Zusammenarbeit an DIE LINKE gäbe. Verschwiegen hat er dabei, dass diese explizit nicht vor der 1. Kreistagssitzung erfolgen sollten. In Anbetracht sowohl des Terminszenarios als auch der von der SPD in der 1. Kreistagssitzung initiierten Entscheidungen gegen wesentliche Inhalte unserer formulierten 10 Punkte für die Politik im Landkreis müssen wir die Gesprächsangebote der SPD zumindest als unredlich bewerten. Wir erkennen keine Grundlage für einen ergebnisoffenen Dialog über eine mögliche Zusammenarbeit im Kreistag und stehen deshalb für derartige Gespräche nicht zur Verfügung.

Monika Krüger, Neu Zittau,
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-Spree

Dr. Artur Pech begründete die Anträge der LINKEN zur Ausschussbildung

Optionskommune LOS – nun in der „Black Box“ des Landrates

Die Abschaffung des Haushalts- und Finanzausschusses ist ein seit Jahren verfolgtes Anliegen der Verwaltung. Es wird mit wechselnden Begründungen immer wieder eingebracht. Heute ist es schon verwunderlich, dass in Anbetracht der wegen mangelnder Kontrolle überbordenden Finanzkrise nun auch im Kreis ein Teil der wenigen verbliebenen Kontrollmechanismen beseitigt werden soll. Zu Beginn der vergangenen Wahlperiode ist der Kreistag meiner entgegengesetzten Argumentation gefolgt und hat dieses Ansinnen zurückgewiesen.

Ich muss heute erneut den Versuch unternehmen, den Kreistag zur Ablehnung dieses Ansinnens zu bewegen. Dieses Mal wird die Einführung der DOPPIK als Grund für den Verzicht auf einen Haushalts- und Finanzausschuss genannt. Die „Produkte“ nach denen die Tätigkeit der Verwaltung gegliedert wurde, sollen jetzt „produktscharf“ auf die Ausschüsse des Kreistages verteilt werden, damit jeder Fachausschuss auch anteilig zum Finanzausschuss wird.

Nun habe ich in den zurückliegenden 10 Jahren als Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen immer wieder für eine gründlichere Beachtung der Haushaltsprobleme in den Fachausschüssen plädiert. Meine Ablehnung des jetzt vorgeschlagenen Verfahrens hat ihren Grund in einer ganzen Reihe damit verbundener Probleme.

Bei der angestrebten Betrachtungsweise geht dem Kreistag der Überblick über die Gesamtzusammenhänge des Haushalts zwangsläufig verloren. Man könnte sagen: Nach dieser Technik wird die dem Haushalt zugrunde liegende Politik hinter den vielen kleinen „Sachzwängen“ versteckt. Denn wenn die Haushalts- und Finanzfragen zur Frage unter vielen werden, mit denen sich die für Sachfragen zuständigen Abgeordneten auseinandersetzen müssen, dann wird es unter den Abgeordneten kaum noch welche geben, die die komplexen Zusammenhänge unabhängig bearbeiten und überblicken können. Das ist für die Verwaltung sicher sehr vorteilhaft, mit der Wahrnehmung von politischer Verantwortung allerdings nicht vereinbar.

Die in der Vorlage versprochene Aufteilung der Produkte auf die Fachausschüsse ist auch nicht konsequent. Für einen großen Teil des Haushaltes soll dem Kreistag die fachliche Beratung unmöglich gemacht werden. So sind die „Produkte“ des Amtes für Grundsicherung bei der Aufteilung auf die Fachausschüsse vollständig weggelassen worden. Die Begründung des Landrates für dieses Vorhaben lautete, der Kreistag habe in diesem Bereich nichts zu sagen, das läuft alles nach Bundesrecht.

Dieses Argument verträgt sich nicht mit dem sonst vom Landrat zu vernehmenden Hohelied auf das Optionsmodell. Denn wenn auch in einer Optionskommune nichts zu entscheiden ist, dann frage ich mich, worin das Optionsmodells denn besteht. Wenn es aber doch Entscheidungsspielräume gibt, dann will der Landrat in diesem Bereich ohne sachkundige Mitwirkung des Kreistages nach belieben operieren können. In dieser Frage mag der Abgeordnete des Kreistages sachkundig entscheiden, der vernommen hat,

- *dass die Optionskommune Stadt Schweinfurt (Bayern) einen „Ausschuss für Beschäftigung und Soziales“ unterhält, dass es im Optionskreis Ostprignitz-Ruppin einen „Ausschuss für Arbeitsmarkt“ gibt,*
- *dass es in der Optionskommune Odenwaldkreis (Hessen): einen „Ausschuss für soziale Angelegenheiten“, in der Optionskommune Kreis Offenbach (Hessen) einen „Ausschuss Soziales, Integration, Gesundheit und Arbeitsmarktreform/Hartz IV“, in der Optionskommune Landkreis Fulda (Hessen) einen „Ausschuss für Arbeit und Soziales“, in der Optionskommune Landkreis Peine (Niedersachsen) einen „Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales“ gibt.*
- *Und in der Optionskommune Wiesbaden (Hessen) hat der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung“ erst am 17. September 2008 über das Wiesbadener Programm zur Wiedereingliederung älterer arbeitsloser SGB-II-Bezieher in den 1. Arbeitsmarkt – „Wiesbaden 50plus“ – beraten.*

Also Herr Landrat, dann seien Sie so ehrlich und sagen ganz einfach, dass es nur ein wichtiges Argument gegen einen solchen Ausschuss im Kreistag Oder-Spree gibt: Sie wollen diesen Ausschuss nicht, sie wollen sich vom Kreistag nicht in die Karten sehen lassen, sie wollen ohne Mitwirkung und ohne Kontrolle des Kreistages selber bestimmen, was läuft, und was nicht.

Peer Jürgens
Erkner
28 Jahre, Student,
Mitglied des Landtages Brandenburg

Dr. Jörg Mernitz
Eisenhüttenstadt
47 Jahre,
Prozessingenieur

Helga Pickart
Rietz-Neuendorf/
Alt Golm
70 Jahre, Dipl.-Slawistin i. R.

Es ist eben einfach nicht wahr, dass dem Landkreis als Optionskommune alles zentral vorgeschrieben wird. Beispielsweise ist die Aufteilung der Mittel auf die verschiedenen Eingliedungsmaßnahmen im Amt für Grundsicherung weitestgehend eine politische Entscheidung der Verantwortlichen im Landkreis.

Es mag ja verständlich sein, dass der Landrat den Kreistag von jeder Mitwirkung daran ausschließen will. Es zu akzeptieren ist aber mit der Wahrnehmung der Verantwortung des Kreistages unvereinbar.

Es scheint so zu sein, dass hier tatsächlich ein Grund für die Abschaffung des Haushalts- und Finanzausschusses liegt. Denn der Kreistag hat sich im Gefolge des Landrates in der letzten Wahlperiode die direkte Mitwirkung an den Entscheidungen für das Amt für Grundsicherung weitgehend entzogen. Einen Ausschuss des Kreistages mit fachlicher Zuständigkeit dafür gab es nicht und der immer wieder genannte „Beirat" tagte nicht öffentlich, die Fraktionen des Kreistages waren darin nur indirekt vertreten und merkbare Rechte hat er auch nicht.

Da war dann die allgemeine Zuständigkeit des Ausschusses für Haushalt und Finanzen für Haushaltsfragen die einige Möglichkeit, sich mit diesen Problemen im Kreistag auseinanderzusetzen. Und jetzt soll wohl diese „Lücke" geschlossen und eine „Black Box" der Verwaltung perfektioniert werden. Dabei geht es um einen Bereich, mit dessen Wirken weit mehr als 10 Prozent der Menschen im Landkreis existenziell verbunden sind. Der Kreistag muss dieser Entmündigung nicht folgen.

Und es ist wohl auch nicht besonders klug, eine Verfahrensweise zu riskieren, bei der jeder Kreistag zur Ausschusssitzung über die Arbeit des Amtes für Grundsicherung wird. Aber wenn es keine Möglichkeit gibt, das Thema in den Ausschüssen zu behandeln, dann bleibt keine andere Wahl.

Aus den genannten Gründen beantrage ich:

- *Die Einrichtung eines Ausschusses für Grundsicherung und Beschäftigungsförderung.*
- *Die Einrichtung eines Haushalts-, Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses.*

Dr. Eberhard Sradnick
Friedland
52 Jahre, Tierarzt

Bärbel Stiller
Langewahl
52 Jahre, Lehrerin

Dr. Bernd Stiller
Langewahl
52 Jahre;
Dipl.-Meteorologe

Mechthild Tschierschky
Ziltendorf
69 Jahre, Lehrerin i. R., Projektleiterin

Stephan Wende
Fürstenwalde
32 Jahre, Kulturwissenschaftler

Fraktionsgeschäftsführerin:
Monika Pooch

Kontakt:
15517 Fürstenwalde,
Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69

10 Punkte für die Politik im Oder-Spree-Kreis

1. Wir wollen keine weiteren 1,50 Euro-Jobs und stattdessen die Durchsetzung sozialversicherungspflichtiger Formen der Beschäftigungsförderung unter voller Nutzung der Kompetenzen des Landkreises als Optionskommune. Dies erfordert politische Vorgaben durch den Kreistag auch im Kreishaushalt. Für alle Leistungsempfänger nach Sozialgesetzbuch II wollen wir eine Berechtigtenkarte, die ohne weitere Prüfung als Nachweis der Bedürftigkeit für soziale Erleichterungen und Ermäßigungen im Landkreis dient.

2. Wir wollen, dass der Kreistag seine politische Verantwortung für den Landkreis als „Optionskommune" ernst nimmt und einen ständigen Kreistagsausschuss „Grundsicherung und Beschäftigungsförderung" bildet.

3. Wir wollen keine weiteren Privatisierungen im Landkreis. Unsere Sparkasse bleibt kommunal. Bis Ende 2009 ist eine Entscheidung über den Weg zur Rekommunalisierung der Busverkehrsgesellschaft Oder-Spree herbeizuführen.

4. Wir wollen, dass der Landkreis und die kommunale Wirtschaft ab 2030 unabhängig von fossilen und atomaren Energiequellen sind. Dazu muss bis 2010 ein Konzept erarbeitet werden.

5. Wir wollen endlich Transparenz in Haushaltsfragen – dazu brauchen wir einen ständigen Ausschuss für „Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung". Der Landkreis muss sein unternehmerisches Handeln transparenter machen. Dazu gehört, den Kreistag schon an der Ausschreibung von Aufträgen zu beteiligen und das Einsichtsrecht für vom Kreistag gewählte Abgeordnete in die Gesellschafter-Unterlagen des Landkreises. Der Landkreis muss in seinen Unternehmen Verantwortung für die Tarifentwicklung übernehmen. Wir akzeptieren in Tarifauseinandersetzungen kein Verhalten nach Gutsherrenart.

6. Wir wollen noch im Schuljahr 2008/09 eine kostenlose Schülerbeförderung. Außerdem wollen wir ein kostenloses Mittagessen (für Bedürftige) in allen KITA und Schulen mindestens in Trägerschaft des Landkreises.

7. Wir wollen den Erhalt des Oberstufenzentrums Eisenhüttenstadt durch die Unterstützung eines Modellversuchs für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen gymnasialen Oberstufen in Eisenhüttenstadt. Das Gymnasium Erkner soll durch Investitionen langfristig qualifiziert gesichert werden.

8. Wir wollen ein Ende der Sparpolitik auf Kosten der Bildung. Schulschließungen müssen gestoppt, Grundschulen in die geförderte Sozialarbeit aufgenommen werden. Außerdem wollen wir eine wirkliche Weiterentwicklung der Sportförderung.

9. Wir wollen eine flächendeckende gesundheitliche und soziale und kulturelle Infrastruktur. Das schließt eine bedarfsgerechte Seniorenbetreuung ein.

10. Wir wollen einen demokratischen und weltoffenen Landkreis. Dafür müssen Entscheidungen im Landkreis transparenter sein und die Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern erhöht werden. Wir brauchen ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte gegen Rechtsextremismus. Im Jahr 2009 ist ein Handlungskonzept „Tolerantes Oder-Spree" zu entwickeln. Eine Kooperation mit Neonazis bleibt ausgeschlossen.

Karl-Friedrich Rubach
Mixdorf
60 J., Selbstständiger, ehrenamtl. Bürgermeister

Stefan Sarrach
Fürstenwalde
37 J., Rechtsanwalt, Mitglied des Landtages Brandenburg

Rudi Schmidt
Eisenhüttenstadt
74 Jahre, Rentner

DIE LINKE Brandenburg unterstützt Volksbegehren

Keine Politik für Konzerngewinne in Brandenburg

Alternativen sind machbar! Es besteht bereits heute keine energiepolitische Notwendigkeit mehr, neue Tagebauflächen zu erschließen. Dennoch plant der Vattenfall-Konzern in der Lausitz fünf neue Braunkohletagebaue und will dafür cirka 3 700 Menschen umsiedeln. Vier der Tagebaue und 2 200 Umsiedlungen (in Grabko, Kerkwitz, Atterwasch, Proschim, Lindenfeld und Welzow) sollen in Brandenburg liegen. Unter mehr als 33 Orten in der Lausitz liegt Kohle. Wir wollen, dass sie eine sichere Zukunft haben und stellen uns gegen die Vattenfall-Pläne, denn:

- **Braunkohlenutzung zerstört das Klima.** Sie setzt mehr Treibhausgase frei als alle anderen Energieträger. Technologien zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung dieser Gase sind riskant und stecken in den Kinderschuhen – ihr Erfolg ist höchst ungewiss.
- **Braunkohletagebaue zerstören den Wasserhaushalt der Lausitz.** Das Abpumpen riesiger Grundwassermengen aus den Braunkohletagebauen schadet Mensch und Natur.
- **Braunkohletagebaue zerstören das Lebensumfeld der betroffenen und ihrer benachbarten Orte.** Mit der Abbaggerung gewachsener Dörfer wird die Lausitzer Kulturlandschaft verwüstet. Dies kann keine materielle Entschädigung ausgleichen. Wir wollen aber, dass sich in der Region Menschen wie Unternehmen ansiedeln und langfristige Sicherheit haben.
- **Braunkohletagebaue zerstören Lebensräume von Pflanzen und Tieren.** Naturschutzgebiete von europäischer Bedeutung gehen verloren.
- **Alternativen sind machbar:** Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, konsequentem Energiesparen und der Nutzung effizienter Kraft-Wärmekoppelung ist die Energiewende möglich.

Die Braunkohle-Förderung kann allmählich und sozial verträglich auslaufen. Denn in den genehmigten Tagebauen der Lausitz stehen noch mehr als 1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle zur Verfügung.

Ihre Unterschrift entscheidet!

Die Volksgesetzgebung in Brandenburg hat drei Stufen:

Volksinitiative (20 000 Unterschriften), **Volksbegehren** (80 000 Unterschriften) und **Volksentscheid**.

Die erste Hürde, die **Volksinitiative**, wurde im Mai 2008 genommen. Die CDU und SPD lehnte jedoch am 10. Juli 2008 mit ihrer Mehrheit im Landtag unseren Gesetzentwurf, der Kohlegewinnung auf die bereits genehmigten Tagebaue beschränkt und jedem Betroffenen das Klagerecht gibt, jedoch ab.

Damit war der Weg für das **Volksbegehren** frei. Wenn es Erfolg hat, muss sich der Landtag ausführlich mit unserer Forderung befassen – an 80 000 Menschen kommt die Politik nicht vorbei.

Bewegt sie sich aber noch immer nicht genug, sind die Voraussetzungen für einen **Volksentscheid** geschaffen, dessen Ergebnis für Landtag und Regierung bindend ist.

Die Initiatoren des Volksbegehrens sind ein Bündnis aus Umweltverbänden, Vereinen, Parteien und weiteren Organisationen, wie:

Bauernbund Brandenburg, BUND Brandenburg, Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg, Bürgersolarinitiativen, Die Naturfreunde Brandenburg, DIE LINKE Brandenburg, DOMOWINA Regionalverband Niederlausitz e.V., Gemeinde Schenkendöbern, Grüne Jugend Brandenburg, Grüne Liga Brandenburg, Klinger Runde, Lacoma e.V., Naturschutzbund Brandenburg, Serbska Ludowa Strona (Wendische Volkspartei), Verein Klingmühl-Theresienhütte e. V. u. a.

So können Sie helfen:

Ihre Unterschrift für das Volksbegehren leisten Sie persönlich in Ihrer zuständigen Meldestelle. Unterschreiben darf, wer volljährig ist und seit mindestens einem Monat seinen Hauptwohnsitz in Brandenburg hat. Personalausweis nicht vergessen!

Eine „Briefwahl“ gibt es nicht; wer wegen einer körperlichen Behinderung nicht in die Meldestelle kommen kann, darf aber eine Person des Vertrauens zur Unterschriftenabgabe bevollmächtigen.

Ermutigen Sie auch Freunde und Bekannte! Bilden Sie Fahrgemeinschaften zu den Meldeämtern! Nur mit größtmöglicher Unterstützung können wir die Hürde von 80.000 Unterschriften schaffen!

www.keine-neuen-tagebaue.de

Für Kita-ErzieherInnen Hochschulausbildung

Die Situation hat eigentlich einen Hauch von Schizophrenie: einerseits gewinnen Kinder in unserer Gesellschaft immer mehr an Bedeutung – „Kinder sind unsere Zukunft“ darf in keiner Sonntagsrede fehlen. Andererseits ist gerade der Bereich der Kinderbetreuung ein in finanzieller Hinsicht stiefmütterlich behandelter Bereich. Selten wird der frühkindlichen Erziehung die Aufmerksamkeit und Zuwendung zuteil, die sie verdient und braucht.

Besonders deutlich wird das bei den Erzieherinnen und Erziehern im Kita-Bereich. Gerade hier darf nicht gespart werden, gerade hier ist besondere Aufmerksamkeit nötig. Die Bedeutung kindlicher Bildungsprozesse ist mittlerweile unumstritten. In Brandenburg spiegelt sich das u.a. in der Entwicklung der „Grundsätze elementarer Bildung“ wider. Für die Umsetzung solcher Bildungsgrundsätze werden qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher benötigt, die in der Lage sind, frühkindliche Entwicklungs- und Lernprozesse professionell zu beobachten, zu reflektieren und zu gestalten. DIE LINKE geht deshalb davon aus, dass die wachsenden Anforderungen an die frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung eine Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen auf Hochschulniveau erfordern.

Die Hochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern würde zudem deren gesellschaftliches Ansehen stärken. Außerdem würde sich diese Anerkennung auch in einer höheren Vergütung niederschlagen. Daher gilt es unverzüglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Ausbildung der ErzieherInnen und Erzieher schrittweise auf Hochschulniveau anzuheben. Die Potenziale der sozialpädagogischen Fachschulausbildung sollen bei der Entwicklung des Ausbildungsangebots auf Hochschulniveau ausdrücklich genutzt und einbezogen werden. DIE LINKE hält es zudem für unerlässlich, die Einführung von Hochschulstudiengängen für Erzieherinnen und Erzieher sowie Leiterinnen und Leiter in Kindertageseinrichtungen mit entsprechenden Weiterbildungsangeboten für das derzeit tätige Personal zu verbinden.

Wenn wir wirklich „Gute Bildung von Anfang an“ erreichen wollen, ist eine hoch qualifizierte Ausbildung im Kita-Bereich unerlässlich. DIE LINKE wird deshalb auf der Landtagssitzung im Oktober einen entsprechenden Antrag einbringen.

Peer Jürgens, Erkner, MdB

Erwacht aus dem Dornröschenschlaf

Die SPD in Brandenburg schien jahrelang von einem märchenhaften Brandenburg auszugehen. Märchen sind nämlich laut Brockhaus-Lexikon Erzählungen, die von fabelhaften und wunderbaren Begebenheiten berichten, die allesamt frei erfunden sind und auf keiner realen Grundlage beruhen. Das Bild, welches die SPD von Brandenburg hat, ist fabelhaft und entbehrt der Wirklichkeit. Entsprechend groß war die Aufregung der Sozialdemokraten, als ihre eigene Sozialministerin vorab einen Armuts-Bericht veröffentlichte.

Dort kam nämlich Frau Ziegler zu dem Schluss, dass 25 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger in Armut leben. Das passte nicht zum SPD-Märchen und musste falsch sein. So musste sich Dagmar Ziegler kritisieren lassen, dass ihre Zahlen falsch seien, ihre Berechnungen ebenso und ihre Definitionen von Armut auch. Insgesamt sei die Armutsrate in Brandenburg nur 13 Prozent hoch.

Es muss schwer sein, aus einem Dornröschenschlaf zu erwachen. Aber die SPD muss endlich die Realitäten im Land erkennen. Sie hat Armut in diesem Land mit verschuldet – und egal ob 13 Prozent oder 25 Prozent – jeder Mensch in Armut ist einer zuviel.

Peer Jürgens, MdL, Pe(e)r Podcast, www.peer-juergens.de

Sprechstunde „unter freiem Himmel“ 2008

Es ist eine schöne Tradition, in den Sommermonaten auf Tour in die Kommunen zu fahren, um mit Bürgerinnen und Bürgern über aktuelle Themen zu sprechen und dabei Fragen und Probleme der Menschen in unserer Region aufzunehmen. Mehrere Tage war ich in Neuzelle, Müllrose, Brieskow-Finkenheerd, Friedland und in anderen Orten unterwegs, stand auf Marktplätzen und traf mich mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Amtsdirektoren und Bürgermeistern.

In diesem Jahr waren die bevorstehenden Kommunalwahlen am 28. September ein Schwerpunktthema. Wichtig ist, dass die Menschen auch erfahren, dass sie sich in die aktuelle Politik einbringen können. So konnte ich ihnen sagen, dass unsere Unterschriftenaktion im vergangenen Jahr für die Einführung eines Sozialtickets erfolgreich war und nun zumindest ein Mobilitätsticket ab 1. September eingeführt wurde.

Ein aktuelles Thema in meiner Region ist das erste deutsch - polnische Raumordnungsverfahren für eine Brücke nach Polen. Hier bin ich seit dem vorigen Jahr im Gespräch mit der Bürgerinitiative in Ziltendorf, die keine Brücke durch das Naturschutzgebiet möchte und die Bürgerinnen und Bürger zu dieser Problematik aufklärt. Ich habe dieses Thema immer wieder im Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung des Landtages angesprochen, um eine ökologisch sinnvolle Entscheidung zu erreichen. Selbstverständlich werde ich dieses Thema weiterhin begleiten.

Ein besonderes Erlebnis waren die Buchlesungen mit der Schriftstellerin Gisela Karau. Im Haus der Generationen in Weichensdorf und im Haus der Vereine in Eisenhüttenstadt las die Autorin aus ihren neuesten Büchern.

Helga Böhnisch, Eisenhüttenstadt, Mitglied des Landtages

Helga Böhnisch am 16. Juni 2008 bei ihrer Sprechstunde „unter freiem Himmel“ in Müllrose

Und es stinkt doch

Aus der Geldmarktkrise ist eine Gesellschaftskrise geworden

„Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank.“ lässt Bertolt Brecht den Macheath in der Dreigroschenoper sagen. Der kriminelle Kern, der dem Banken- und Finanzsystem innewohnt war damals ebenso aktuell wie heute. Wir erleben gegenwärtig eine der größten Finanzkrisen des Kapitalismus. Eine Pleitewelle mit gigantischen Verlusten überrollt die USA und Europa. Der Ausgangspunkt waren leichtfertig vergebene, schlecht gesicherte und dann in undurchschaubaren Paketen verkaufte US-Immobilienkredite. Aufgrund des weltweiten Handels dieser Finanztitel sind aber nicht nur amerikanische, sondern auch europäischen Banken unmittelbar betroffen. In Deutschland war es die Hypo Real Estate, welche als erstes in Bedrängnis kam. Das ist insofern dramatisch, weil über diese Bank eine Vielzahl von Landkreisen und Kommunen ihre Finanzierungsmodalitäten über so genannte Pfandbriefe abgewickelt haben. Sollte dieses Finanzinstrument seine Werthaltigkeit verlieren, hat das Auswirkungen auf alle drei Säulen des deutschen Finanzsystems.

Eine Vertrauenskrise in diesen Bereich hätte nicht nur Einfluss auf die Finanzmärkte, sondern wäre auch für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche relevant. Ähnliches trifft natürlich auch auf Sparkassen und andere Banken, die Girokonten, Tagesgelder u.ä. zu. Die Kreditzusagen, insbesondere auch für die mittelständische Wirtschaft, stoßen bereits jetzt an Grenzen. Ein weiterer Einbruch würde in umfassender Weise die mittelständische Wirtschaft, d.h. die Realwirtschaft massiv betreffen. Das heißt, die Auswirkungen reichen vom Hartz-IV-Empfänger quer durch alle sozialen Gruppen und Schichten, bis zu den öffentlichen Institutionen. Es handelt sich daher nicht mehr „nur“ um eine Finanzmarktkrise, sondern um einen Vertrauensverlust in marktwirtschaftliche und demokratische Prinzipien und Institutionen und damit um den Beginn einer Gesellschaftskrise. Wir brauchen endlich wieder eine Situation, in der das Primat der Politik über dem der Wirtschaft steht. Solange Wirtschaft und Finanzen über politische Entscheidungen befinden, wird die Demokratie immer stärker ausgehöhlt.

Doch Bank-Manager sind nicht allein die Sündenböcke in dieser Krise. Jahrzehntelang hat ein breiter Konsens aus Politik, Wirtschaft, Medien einen alternativlosen Kurs der Deregulierung gepredigt. Jede Mahnung, dass ein entfesselter Kapitalismus der falsche Weg ist wurde weggelächelt. Dass gerade die größten Deregulierer jetzt nach dem Staat rufen, ist mehr als ein Treppenwitz der Geschichte.

Allein DIE LINKE geht den Fehlentwicklungen auf den Grund. Wir kritisieren seit Jahren die Spaltung in Arm und Reich, die das Geldvermögen bei wenigen konzentriert und Spekulationen anheizt. DIE LINKE wendet sich seit Jahren gegen die völlig verfehlte Liberalisierung der Finanzmärkte. Auch in Deutschland wurden windige Finanzprodukte, Kreditverbriefungen, Hedge-Fonds und gefräßige „Heuschrecken“ massiv gefördert. Durch absurde Steuerbefreiungen und neue Gesetze, die den Spekulanten Vorfahrt gewähren. Die Bankaufsicht wurde in den vergangenen Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt. Die Milliardenverluste deutscher Banken – von der IKB bis zur Hypo Real Estate – sind nicht zuletzt das Ergebnis dieser falschen Politik. Deshalb sind Union, SPD, Grüne und FDP mitverantwortlich für die Milliardenzeche, die wir alle jetzt zahlen sollen. Leider hat Herr Platzeck in der Aktuelle Stunde im Landtag (siehe Kasten) diese Mitverantwortung vergessen – so richtig seine Erkenntnisse jetzt sind, er muss den Ankündigungen Taten folgen lassen.

Richtige Taten wären aus Sicht der LINKEN:

1. Absicherung zentraler Aufgaben des Finanzsystems
   - ausreichende und zinsgünstige Kreditversorgung
   - Garantie der Bankeinlagen in unbeschränkter Höhe
   - Einrichtung eines von den privaten Finanzinstituten gespeisten Sicherungsfonds

2. Beseitigung besonders destabilisierender Praktiken
   - drastische Reduzierung und wo nötig Verbot von besonders riskanten Finanzinstrumenten,
   - energische Eindämmung von Hedge-Fonds,
   - Verpflichtung zu mehr Eigenkapital,
   - Verbot von Aktienoptionen für Manager,
   - Mindesthaltefristen für Aktienbeteiligungen des Managements,
   - verschärfte Haftung von Managern

3. Schritte zur mittelfristigen Reform des Finanzsystems
   - internationales Kreditregister,
   - weitgehende Beschränkung von Banken auf das Einlagen- und Kreditgeschäft
   - strenge Kontrolle des Investmentbankings, keine spekulativen Geschäfte mit Devisen,
   - verschärfte Beschränkungen für kapitalgedeckte Altersvorsorge,
   - Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung,
   - Kontrolle von privaten und Aufbau von öffentlichen Rating-Agenturen,
   - Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV,
   - Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen,
   - Schließung von Steueroasen

Peer Jürgens, MdL, Erkner
Zeichnung: Gertrud Zucker

Rettungspaket der Bundesregierung (Finanzmarktstabilisierungsfonds):

Das Bundesfinanzministerium darf staatliche Garantien bis zu einer Höhe von 400 Mrd. Euro als kurzfristige Kredite der Banken untereinander vergeben.
Der Stabilisierungsfonds darf Anteile an Unternehmen des Finanzmarktsektors erwerben, aber nur dann, wenn ein wichtiges Interesse des Bundes vorliegt (Rekapitalisierung).
Der Bund kann so genannte „faule“ Risikooptionen (wie Kreditzusagen, Hypotheken, Wertpapiere) von Banken und Versicherungen kaufen (Risikoübernahme).
Der Finanzminister darf bis zu 70 Mrd. Euro Kredite für die Rekapitalisierung und Risikoübernahmen aufnehmen.
Weitere Kredite in Höhe von 20 Mrd. Euro für die Garantieermächtigung möglich. Die Bundesregierung will die Rekapitalisierung an etliche Gegenleistungen wie Auflagen bei Managementvergütung, Dividendenausschüttung, geschäftspolitische Ausrichtung etc. knüpfen.

Ministerpräsident Platzeck am 15.10. im Landtag Bbg.:
„Kapitalismus ohne Leitplanken, ein entfesselter Kapitalismus, zerstört die Märkte und lässt die Menschen ratlos zurück.“

Hurrikan „Gustav“ und Hurrikan „Ike“ über Kuba

Solidarität jetzt!

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage wurde Kuba und besonders die Provinz Pinar del Rio von einem zerstörerischen Hurrikan heimgesucht. Am 7. September 2008 traf Hurrikan „Ike“ mit Geschwindigkeiten von bis zu 200 km/h auf die Ostprovinzen Guantánamo und Holguin und zog über Las Tunas, Camagüey, Sancti Spiritus, Villa Clara, Matanzas, Havanna und Pinar del Rio am 9. September weiter in Richtung Golf von Mexiko.

2,6 Mio. Menschen wurden evakuiert. Trotzdem sind vier Tote zu beklagen. Hunderttausende Nutztiere wurden in Sicherheit gebracht. Zehntausende Häuser und das Stromnetz sind in weiten Teilen der Insel zerstört, landwirtschaftliche Kulturen (Zuckerrohr, Bananen, Zitrus, Maniok, Tabak u. a.) vernichtet.

Die Cuba Sí-Milchprojekte in Guantánamo, Sancti Spiritus, Havanna und erneut in Pinar del Rio sind stark betroffen. Cuba Sí wird seine Hilfe auf das Milchprojekt in Pinar del Rio konzentrieren und in Absprache mit seinen kubanischen Projektpartnern sowie in Abhängigkeit vom Ausmaß der Schäden auch auf die anderen Milchprojekte ausweiten.

Weiterhin bereitet Cuba Sí die Entsendung von zwei Schiffscontainern mit 15 Tonnen Hilfsmaterial vor. In diesem Moment ist von höchster Priorität, an den Cuba Sí-Milchprojekten die Weiterarbeit zu gewährleisten, damit die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt wird.

Cuba Si

Jeder Euro hilft!

■ Sonderspendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Sí
Kto.-Nr.: 132 22 210, BLZ: 100 500 00
Berliner Sparkasse
Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder/Pinar del Rio

■ Für den Hilfsgütertransport:
DIE LINKE/Cuba Sí
Kto.-Nr.: 4 382 210 000
BLZ: 100 200 00, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: Kuba muss überleben

(Spendenbescheinigung werden auf Wunsch ausgestellt)

■ Kontakt:
Cuba Sí, AG in der Partei DIE LINKE.
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel. (0 30) 24 00 94 55/6
Fax (030) 24 00 94 09
E-Mail: *berlin@cuba-si.org*
Internet: ***www.cuba-si.org***

Hurrikan „Gustav“ vernichtete in Pinar del Rio eine Bananenplantage Foto: www.cuba-si.de

Aktuelle Meldung: Die TeilnehmerInnen der Kreisdelegiertenkonferenz der LINKEN des Landkreises Oder-Spree am 15. Oktober brachten spontan 300 Euro für Cuba Si zusammen.

Hurrikanschäden in der Landwirtschaft

Die Hurrikans *Gustav* und *Ike* vernichteten in der kubanischen Landwirtschaft:

49 930 Hektar Bananenplantagen,
9 983 Hektar Maniok,
992 Hektar Süßkartoffel,
300 Hektar Samenpflanzungen,
154 Gewächshäuser.

Es entstand ein Verlust von 1,1 Mio. Liter Milch. 1,05 Mio. Geflügel sind durch die Hurrikans gestorben, was u. a. den Verlust von 40 Mio. Eiern zur Folge hatte. Der Verlust an Nutztieren hält sich mit insgesamt 530 Tieren auf Grund der Evakuierungsmaßnahmen in Grenzen. 12 000 Tabakhäuser und 138 Windräder sind zerstört.

Die stärksten Schäden sind in der Provinz Pinar del Rio und auf der Insel der Jugend sowie in den Ostprovinzen (hier vor allem bei Obst und Gemüse) zu verzeichnen.

Ab 17. September 2008 treten, laut Mitteilung des kubanischen Landwirtschaftsministeriums, die Gesetze Nr. 259 vom Juli und Nr. 282 vom 27. August 2008, welche die Vergabe staatlichen Bodens an natürliche und juristische Personen zur landwirtschaftlichen Nutzung regeln, in beschleunigten Verfahren in Kraft. Ziel ist, bisher brachliegende Flächen in kürzester Zeit produktiv und nachhaltig zu bewirtschaften.

Alcides López Labrada, Kubas Vizeminister für Landwirtschaft, am 12. 9. 2008 im kubanischen Fernsehen

Beim Solidaritätskonzert der Erkneraner LINKEN am 27. 9. mit der kubanischen Gruppe „Mulato“ wurden 550 Euro gespendet Foto: Jürgen Strauß

Lothar Bisky spendet für das Friedensdorf in Storkow

Für ein solidarisches Miteinander

Gemeinsam mit Rupert Neudeck, Vorsitzender des Comitees Cap Anamur, wurden die ersten Schritte in Richtung „Friedensdorf Storkow“ gegangen. Das Friedensdorf, das „sich als Ort der Verständigung versteht“, wie die Vereinsvorsitzende Gabriele Baum, uns im Gespräch erläuterte. Die Geschichte des Friedensdorfes ist schnell erzählt: Ende 1991 fanden sich engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Storkow in einer Telefonkette zusammen, um die Bewohnerinnen und Bewohner des Asylbewerberheimes vor rechtsradikalen Übergriffen zu schützen. Ein Jahr später, im Kosovo begann der erste Balkankrieg, wurde die Idee, ein Friedensdorf in Deutschland aufzubauen, in Storkow aufgegriffen. Hier sollen künftig Deutsche und Ausländer, Behinderte und Nicht-Behinderte, Kinderreiche und Singles zusammen leben und sich gegenseitig unterstützen.

Die Stadt Storkow stellte den Platz zur Verfügung, viele Vereine, Firmen und Stiftungen engagierten sich. Seit dieser Zeit ist auch die PDS, jetzt DIE LINKE, mit dabei. Am Aufbau beteiligten sich Jugendliche und Ausländerinnen und Ausländer gemeinsam. Hier wurde durch die Zusammenarbeit nach und nach Vorurteile abgebaut.

Auch der Bundestagsabgeordnete Lothar Bisky kennt dieses couragierte Projekt in seinem Wahlkreis seit Jahren. „Hier wurde doch auch der Kampf um den Erhalt der Europa-Schule koordiniert.“ Dieser Kampf ging als Brandenburger Schulstreik in die Bildungsgeschichte des Landes ein.

Heute ist das Friedensdorf ein Wohn- und Begegnungsort. Hier leben Flüchtlinge und Storkower zusammen, hier arbeiten Jugendliche in internationalen Workcamps und hier feiert man gerne – die internationale Zusammensetzung des Friedensdorfes kennt viele Feste, die in der Region geschätzt sind. Mit 300 € unterstützt Lothar Bisky nun den weiteren Ausbau des erlebnisorientierten Spielplatz im Friedensdorf, um somit die Angebote des Friedensdorfes als offener Kinder- und Jugendtreff weiter zu qualifizieren. Dass dies dringend notwendig ist, zeigten die jüngsten Brandenburger Kommunalwahlen: Die NPD erhielt in der Region im Schnitt mehr als 15 Prozent.

Die Vereinsvorsitzende, Gabriele Baum, zog dafür als neue Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, in den Beeskower Kreistag ein. Mehr als ein Viertel der Storkower hatten DIE LINKE gewählt und sich damit für ein solidarisches Miteinander ausgesprochen.

Stephan Wende

Viva la Republica!

Juli 1938. Der Krieg in Spanien steht in seinem 3. Jahr.

Plakat der Landesregierung Kataloniens zum würdigen Begehen des 70. Jahrestages der Verabschiedung der Internationalen Brigaden anlässlich eines Kongresses am 24./25. Oktober 2008 in Barcelona.

Die militärische Lage ist kritisch. Bereits Anfang April waren die Faschisten zum Mittelmeer durchgebrochen und hatten Katalonien vom restlichen Territorium der Republik abgetrennt.

Das republikanische Spanien tritt am Ebro zur Offensive an. Später werden die Historiker sagen: Das war die größte Schlacht des Spanischen Krieges. Auf den Schlachtfeldern Spaniens kämpfen zu dieser Zeit rund 15 000 Interbrigadisten an der Seite von einer Million Soldaten den Republik um Spaniens Freiheit.

Sie stehen nicht nur gegen die Truppen Francos. Sie stehen gegen ein italienisches Heer von rund 80 000 Mann. Sie stehen gegen die deutsche faschistische Legion Condor. Sie stehen gegen die Politik von London und Paris. Sie stehen aber auch gegen Henry Ford, der Franco auf Pump mit 12 000 LKW für den schnellen Truppentransport ausstattet. Sie stehen gegen den US-Ölkonzern TEXACO, der Franco dafür den nötigen Treibstoff liefert.

So, wie sich später Politiker und Historiker fanden, die den Überfall auf die Sowjetunion als „Präventivschlag“ darstellen, so fanden sich andere, die den Franco-Putsch als „Präventivschlag“ gegen ein stalinistisches Regime in Spanien und die Volksfront in Spanien als Konstrukt des Stalinismus darstellen. Sie lenken davon ab, dass der Krieg von 1936 bis 1939 in Spanien tatsächlich die erste große Schlacht des zweiten Weltkrieges war.

Üblich ist es heute, das Prestige der Geschichtswissenschaft zu mißbrauchen, um der Manipulation Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Derartige Literatur wird in Massenauflagen gedruckt. Wer das feststellt, wird als Stalinist beschimpft. Dennoch:

> Den Krieg hat die Republik verloren. Die Geschichte werden die Faschisten auch in Spanien nicht gewinnen.

Dies und noch mehr konnte man vom 24. bis 27. Juli 2008 in Mora d‘Ebre lernen. 500 Antifaschisten aus 16 Ländern fanden sich dort an historischer Stätte 70 Jahre nach der Ebro-Schlacht zu einem großen antifaschistischen Kongress ein.

Organisiert von „Erde der Brüderlichkeit“, einer Vereinigung katalanischer und französischer Kommunen, begrüßt und unterstützt vom katalanischen Innenministerium und dem Bürgermeister nicht nur von Mora. In Erinnerung bleibt der Dank des Innenministers an die Brigadisten, die, wie er sagt, „uns immer begleitet haben und begleiteten werden“.

In Erinnerung bleibt auch Juan Miguel de Mora Vaquerzio (Mexiko). Am Krieg als Kompanie-Kommisar beteiligt, hält er seine Mitgliedskarte der Sozialistischen Partei Spaniens von 1938 hoch – und rühmt die hohe Kampfmoral der kommunistischen Einheiten in der spanischen Volksarmee. Vor allem aber macht er klar: Es war Faschismus, auch in Spanien. Sie kamen in jedes Dorf mit einer Liste aller, die sie töten sollten – auch den Priester, der nur den einen Fehler gemacht hatte: Für seine Gemeinde ein Blatt in baskischer Sprache herauszugeben. Und der Jugend gibt er den Rat sich niemals aufzugeben. Wer sich nicht aufgibt, ist nicht besiegt.

Antifaschismus ist eine aktuelle Aufgabe – in Spanien wie in Deutschland oder Italien. Das bleibt eine wichtige Schlussfolgerung – gerade für einen, der wie ich aus einem Land kommt, im dem Antifaschismus als Extremismus diffamiert wird.

Dr. Artur Pech, Schöneiche

Die Aktualität der Ebro-Schlacht

In Deutschland bewegt sich die Diskussion über den Spanischen Krieg 1936 bis 1939 auf drei Ebenen:

- Zunächst geht es tatsächlich um die Ereignisse in Spanien.
- Dann geht es darum, was zwischen 1945 und 1990 im Osten Deutschlands darüber gesagt und geschrieben wurde.
- Und schließlich gipfelt die Diskussion in der Frage, wie dies alles zur Delegitimierung oder Legitimierung der DDR zu gebrauchen ist. Denn das Bild dieses Spanischen Krieges wurde in der DDR tatsächlich von Menschen geprägt, die mit ihrem Leben für die Verteidigung der spanischen Republik einstanden.

Ernest Hemingway schrieb vor 70 Jahren: „… ich war in diesem Sommer bei der Ebro-Offensive der republikanischen spanischen Armee.

Da sah ich Deutsche, die saßen in Heinckel- und Junkersflugzeugen; sie kamen in Überzahl, flogen über friedliche Dörfer, warfen ihre Bomben ab, pulverisierten die Häuser der Bauern, verbrannten die Ernte und flohen dann, ohne den Kampf aufzunehmen, schleunigst zu ihrem Franco zurück, als sich die ersten republikanischen Flieger am Horizont zeigten.

Unten aber, über die Ufer des Ebro zog auf alle Gefahr hin das Bataillon Thälmann und andere deutsche Bataillone. Sie wagten alles, wussten, dass ihnen in der Gefangenschaft der Tod drohte, aber sie führten ihren Auftrag aus, griffen an, siegten. Sie verpflegten später die Flüchtlinge aus den zerstörten Dörfern, sie nahmen sich der Kinder an, sie machten gut, was die Junkers schlecht gemacht hatten …

Ich grüße diese Deutschen und verfluche die anderen, die in den Junkers sitzen, samt denen, die die feigen Bombenschmeißer da unten hingeschickt haben.“ *

Jahrzehnte später schildert der bei Brunete schwer verwundete spätere DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, wie ihm in einem Krankenhaus bei Paris eine französische Krankenschwester diesen Text von Hemingway zusteckte.

Er hat den Gruß Hemingways mit vollem Recht auf sich bezogen. Anfang der 60er Jahre stand dann an der Spitze der Bundeswehr ein Staffelkapitän der Legion Condor, und an der Spitze der DDR-Streitkräfte ein ehemaliger Bataillonskommissar der XI. Internationalen Brigade.

Die Verhältnisse haben sich sehr geändert. Aber die gegensätzlichen Deutschen gibt es noch immer. Sie machen und schreiben gegensätzlich Geschichte. Es gibt wieder Bombenwerfer, aber auch Solidarität mit den Opfern auch der deutschen Bomben. Das ist nicht nur ein deutsches oder ein spanisches, es ist ein internationales Problem. In diesem Sinne ist die Ebro-Schlacht noch nicht beendet.

Dr. Artur Pech, Schöneiche

Kurzfassung des Beitrages auf dem Kongress „Die Ebroschlacht – 70 Jahre danach“, 24.–27. 7. 08, Móra d’Ebre

* An das wirkliche Deutschland. In: Das Wort. Literarische Monatsschrift. Moskau, Febr. 1939, S. 4.)

Also – wissen Se!

Is schon schlimm mit meinem Alten. Nun is er seit August im Vorruhestand und sitzt mir nur noch inne Wohnung rum. Ich kann nich mal mehr sauber machen, ich kann meine Kränzchenschwestern nicht einladen … nur Fußball heitert ihn noch uf. Also habe ich mir überlecht, dass ich an den Fußballtagen rausjehe.

Nun war ja im letzten Monat alle Tage wat los. Wahlkampf! Man konnte ja nicht mehr unbehelligt übern Markt jehn, ohne dass eim n Typ Papier inne Hand jab oder n Jespräch ufdrückte. Un überall diese dämlichen Plakate! Wat dat wohl jekostet hat? Dafür hätte man sicher den Fahrradweg inne Bahnhofstraße in Süd reparieren können! Ich versteh dat nich, denkt wirklich jemand, dass son Zeug wat bringt?

Wer hat mir dat erzählt – ick weeß es nich: Irgendwo jibt es wohl nur ene einzige Wand, wo Plakate randürfen. Dat wär doch mal wat! Moses zukleistern un Schluss! Un dann solln se doch ufschreibn, wat se mit det jesparte Jeld finanziert ham. Stelln Se sich mal den Wettbewerb vor, welche Truppe hat det beste Projekt … und denn überbieten die sich ständig! Wir würden die Wahlzeiten jenießen, weil nich nur versprochen sondern och jemacht wird. Ach wär det schön!

Aber wat is? Die Stadt war zujeklebt wie blöd, je höher, desto blöder! Letztens musste ick nach Beeskow – selbst in det kleenste Dorf waren Plakate, die dussliger nich sein könnten. In welchem Ort wohnt zu Beispiel Herr oder Frau Bürgerwut – die warn doch nich uf ner Liste? Und alle strahln se, findn sich gut und ham schon jewonnen. Aber dann in Beeskow – zum Glück war ich im Bus und bin nicht selbst gefahren! Da hing ein Plakat … der Mann sah so fertig aus, unglücklich, leidend … So viel ist sicher, diese Partei wollte wohl nicht gewinnen! Oder wollten die zeijn, wie verlorn allet schon is? Man weeßet nich!

In Beeskow selber denn war ick ufn Bauernmarkt, am 6. 9. – wen treff ick (zum Glück keen Jäger)?! Alle Plakatköppe renn'n da rum. Erst hab ick noch gedacht: He, wat macht denn Frau Alter in Beeskow? Braucht die Rotkohl? Aber erst war se bei de Hüpfburg und dann hing se am Tisch vonne Sparkasse. Also wollt sie wohl doch nischt kofen. Och alle anderen ham nur geredet – ham die keen Garten oder brauchen die nischt zu essen? Denn solln se uns doch in Ruhe lassen!

Wat wollte ick erzähln – ach so Fußball. Am 17. 9. war Fußball und et war kalt, Kaffeerunde bei „Herrlicher" fiel wejen Kälte aus. Ein „MOZ"-Gespräch sollte stattfinden, ick also hin. Der Typ von der „MOZ" war kaum zu vasteen, fand sich lustig und witzelte rum. Sensationen fanden nich statt, weil sich alle toll fanden. Keene abgelösten Verwaltungsbeamten wejen Trunkenheit am Steuer, Füwa ist wohl nich Müllrose, keene Diskussionen um Listenplätze, weil zu wenich Geld an entscheidende Stellen abjeführt wurde. Ne, alle waren sich einig, der gleichen Meinung … Nur Frau Elsbeth Alter war natürlich mal wieder fleißiger als alle anderen. „Jeden Morgen vor der Schule …", „2 x jährlich im Wald", „reden mit jedem Jugendlichen …"

Jedenfalls waret schon komisch, wie ville Leute plötzlich Zeit hatten, bei uns im Kreis rumzumachen. Schäuble rollte an, Kerstin Kaiser sang. Platzeck rief mit mythischen Verschlingungen von Plakaten zum Wählen auf. Selbst der lütte Voigt vonne Nazis versuchte in fast jedem Ort des Kreises an den arisch eingestellten Mikrofonen hoch zu hangeln. Klappte nicht! Dabei müsste die nazi-kreiseigene Technik uf kleene Großmäuler wie den Beier eingestellt sein. Wie kommen so kleene Leute immer so hoch an Laternen? Villeich mitm Trampolin?

Un wissen Se: Seit wa die Wessis hier ham, weiß ick, dass wir früher jesacht hättn, wir wärn falten jewesen. (Hab ick nie jesacht!) Aber wir hattn ja inne DDR keene Wahl nich jehabt. Aber diesmal war ick falten! Son Wahlzettel – so oft jefaltet … nur die Briefwähler z. B. in Schöneiche warn zu blöd zu falten. Sollte man ne Selbsthilfegruppe bilden? Wie lernen falten – Volkshochschule?

Übrigens – mein Enkel hat erzählt, dass inne Berufsschule im Klo anne Wand steht: „Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie schon längst verboten." – Is wat dran, nich?

Ich hab z. B. für den Kreis Elsbeth eine Stimme gegeben und zwei den LINKEN. Ich wollte, dat die mit nander reden. Und wat passiert? Jetzt wolln die Spezialdemokraten weiter mit de CDU und och noch mit de FDP koalieren! Dabei hat Elsbeth immer so links geredet, als ob sie linker wäre als alle.

Und wat machen meine „Wahlgewinner"? Die sin sich alle selber nich grün! Vor allem die Jungs, – jünger als mein Jüngster aber noch nich trocken hinter de Ohrn und nischt als „Sch…politik" gelernt – aber alle spinnefeind. Dabei wissen die janich, wat Leben eigentlich ist. Wen schert der Landtag, wer interessiert sich für den Kreistag – wenn die bei mir nich saubermachen kommen, sind die mir schnuppe. Und Se haben och andere Sorgen, oder? Kommn Se jut übern Herbst!

Ihre Fürstenwalder Klatschtante

© http://flickr.com/photos/oldigitaleye/2212243567

Peter Sodann kandidiert für das Amt des Bundespräsidenten

Ein Bundespräsident des Volkes

Peter Sodann ist als Repräsentant für die Bundesrepublik Deutschland in mehrfacher Hinsicht besonders geeignet. Er ist ein hervorragender Schauspieler und Regisseur, war ein guter Leiter und Intendant und ist und bleibt als politischer Mensch an gesellschaftlichen Zusammenhängen in hohem Maße interessiert.

In der DDR wurde er durch die Staatssicherheit wegen „fortgesetzter staatsfeindlicher Hetze" verfolgt und eingesperrt.

Anschließend entwickelte er sich zu einem bedeutenden Charakterdarsteller auf deutschen Bühnen und leitete ein für seine Experimentierfreude und großen Publikumsandrang bekanntes Theater.

Als Künstler war er auch in der ARD nach der Vereinigung erfolgreich. Sein Tatort-Kommissar Bruno Ehrlicher gehörte 16 Jahre lang zu den erfolgreichsten und authentischsten Figuren dieser Krimi-Reihe. In politischen Talkshows trat er engagiert für Frieden, mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit, höhere Kultur, Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur sowie für eine gerechte Vereinigung ein.

Er ist in der Bevölkerung bekannt und beliebt. Er ist einer der Wenigen, der von der DDR den für Künstler sehr bedeutsamen Nationalpreis und von der Bundesrepublik Deutschland das Bundesverdienstkreuz erhielt.

Er wäre ein Bundespräsident des Volkes.

Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine

Trauer und Mitgefühl, aber auch Zorn

Die erneute Nachricht aus Afghanistan über getötete deutsche Soldaten und afghanische Zivilisten macht mich traurig und zornig zugleich. Dass junge Menschen einem schmutzigen Krieg zum Opfer fallen, ist grausam. Mein Mitgefühl ist bei den Eltern, Freunden und Verwandten. Jedes Opfer in Afghanistan, ob in Uniform oder Zivil, ist entschieden zuviel.

An die Opfer dieses Krieges hat die Fraktion DIE LINKE gedacht, als sie im Bundestag den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gefordert hat. Nur Politik, nicht Krieg kann eine Veränderung zum Besseren einleiten. Darum geht es der LINKEN. Deshalb trauern wir um die Soldaten ebenso wie um die getöteten afghanischen Kinder. *Wolfgang Gehrcke, MdB*

Namentliche Abstimmung zur Verlängerung des ISAF-Mandats der Bundeswehr in Afghanistan im Deutschen Bundestag am 16. Oktober 2008:

Jörg Vogelsänger (SPD)	**ja**
Prof. Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE)	**nein**

Alles öffentlich im Kreistag Oder-Spree

Sitzungen im Nov./Dez. 2008

Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Fraktionssitzungen: bitte in Fraktionsgeschäftsstelle erfragen
Geschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Geschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Str. 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43, E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport — 11. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Recht, Ordnung und Landwirtschaft — 13. 11., 18.00 Uhr Beeskow Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport — 18. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bauen — 19. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss — 20. 11., 16.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU — 26. 11., Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12
- Kreisausschuss — 3. 12., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen, konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite *https://web.landkreis-oder-spree.de* entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

17. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium Landratsamt, Haus B

9. November 2008 – 70. Jahrestag des Pogromnacht

Anlässlich des 70. Jahrestages der faschistischen Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung am 9. November 2008 finden im ganzen Kreisgebiet Gedenkveranstaltungen statt. Die konkreten Orte und Termine entnehmen Sie bitte der Presse.

In eigener Sache

Der „Widerspruch“ ist im September nicht erschienen – die Herstellung, Verteilung der vielfältigen Wahlmaterialien und der Kommunalwahlkampf nahmen auch die Redaktion völlig in Anspruch. Wir bitten um Verständnis.
Die nächste Nummer ist die Doppelnummer Dezember 2008/Januar 2009. Redaktionsschluss ist 20. 11. 2008.

Redaktion

DIE LINKE Oder-Spree
Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de*
geöffnet Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

OFFEN GESAGT

Renate Adolph

Mitglied des Landtages Brandenburg, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

lädt ein zu Lesung und Gespräch mit

Käthe Reichelt

Die bedeutende und auf vielen Bühnen gefeierte Schauspielerin Käthe Reichel überreichte mit „Windbriefe an Herrn b.b.“ ein Buch von ungewöhnlicher Zivilcourage und poetischer Fantasie. Es enthält Erfahrungen eines langen, schweren und schönen Lebens. Sie stellt Fragen nach dem Sinn unseres Menschlichseins: schreiend, still, behutsam und poesievoll. Käthe Reichel schreibt ihrem Lehr- und Theater-Meister Bertolt Brecht ihre fiktiven Briefe. Sie sind Ausdruck der Wut, der Ratlosigkeit, der heiteren Erinnerung und der Hoffnung – Briefe, die in den Wind gestreut werden, um die Menschen aufzurütteln zur Vernunft.

Käthe Reichel, geboren 1926 und aufgewachsen in einer Berliner Hinterhofwohnung, wurde 1950 von Bertolt Brecht entdeckt und an das Berliner Ensemble geholt. Seitdem stand sie in zahlreichen Rollen auf verschiedenen Bühnen. Sie war 34 Jahre lang Ensemble-Mitglied des Deutschen Theaters Berlin und spielte in vielen Filmen, u. a. in „Die Legende von Paul und Paula“, „Die Verlobte“ und „Levins Mühle“.

Freitag, 28. November 2008, 19 Uhr
Erkner, Fichtenauer Weg 44 (Stadtteilzentrum der GefAS)

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag in den Monaten September/Oktober/November

im September
60. Hannelore Meißner, Eisenhüttenst.
70. Anna Geisler, Beeskow
Ulrich Gottwald, Kummersdorf
75. Gerhard Giesel, Eisenhüttenstadt
Christa Selz, Mixdorf
81. Johannes Kussatz, Neuendorf
82. Günter Wittig, Bad Saarow
83. Konrad Groß, Eisenhüttenstadt
84. Marianne Fritsch, Eisenhüttenstadt
Kurt Neubert, Erkner
85. Edith Höfer, Eisenhüttenstadt
86. Werner Genger, Eisenhüttenstadt
88. Willi Pegert, Eisenhüttenstadt
92. Bernhard Jur, Beeskow

im Oktober
60. Bernd Becht, Eisenhüttenstadt
65. Elke Löbel, Woltersdorf
70. Heinz Rodig, Buckow
75. Ursula Krüger, Eisenhüttenstadt
81. Günter Zeuscher, Fürstenwalde
82. Hlidegard Maier, Schöneiche
84. Erna Müller, Eisenhüttenstadt
86. Hildegard Priske, Bad Saarow
89. Siegfried Hoecker, Eisenhüttenstadt
93. Alois Trnka, Fürstenwalde

im November
65. Edgar Gutjahr, Woltersdorf
75. Erna Hauke, Fürstenwalde
Brigitte Niemack, Eisenhüttenstadt
Ingeborg Rogée, Fürstenwalde
82. Horst Gerstner, Eisenhüttenstadt
84. Isle Löffler, Woltersdorf
85. Christa Ritter, Erkner
87. Isolde Hilger, Eisenhüttenstadt

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: p-w-hochmuth@online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Printgroup GmbH & Co. KG, Handwerkerstraße 2, 97526 Sennfeld, www.flyerpilot.de
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

LINKER Wahlkampf brachte den Erfolg

Der Gebietsvorstand Beeskow sagt Danke!

Der Vorstand der LINKEN im Gebiet Beeskow dankt allen Wählern, die am 28. September ihren Kandidaten in den Städten *Beeskow* und *Friedland* sowie den Gemeinden *Rietz Neuendorf* und *Tauche* ihre Stimmen gegeben haben.

In *Beeskow* und *Friedland* sind wir in zweierlei Hinsicht Wahlgewinner. Die Bürger haben uns mit den meisten Stimmen bedacht, in Friedland mit 26,26 Prozent (siehe letzte Seite) und in Beeskow mit 25,03 Prozent. Unsere Spitzenkandidaten konnten die meisten Wählerstimmen für sich verbuchten.

Auch in Rietz Neuendorf und Tauche haben mehr Bürger als bisher unseren Kandidaten ihre Stimme gegeben und wir konnten Abgeordnetensitze hinzu gewinnen.

Arbeiteten in der vergangenen Legislaturperiode neun Abgeordnete in den vier Parlamenten, sind es jetzt 14. Das macht uns froh, können wir uns so doch mit mehr Gewicht für die Interessen der Bürger einsetzen. Das Ergebnis zeigt, unsere Wähler sind der Meinung, der Druck der LINKEN ist auch auf kommunaler Ebene notwendig, damit soziale Themen noch stärker auf die Tagesordnung kommen und gerechtere Lösungen erstritten werden können.

Dieser Wählerauftrag, den wir als Vertauensvorschuss verstehen, ist uns Ansporn und Verpflichtung zugleich. Unsere Abgeordneten werden darum ringen, die Spielräume sozialer Kommunalpolitik noch besser auszuschöpfen.

Das Wahlergebnis zeigt, dass unsere *bisherigen Abgeordneten* mit ihrer engagierten Arbeit das *Vertrauen vieler Bürger erworben* haben. *Für ihren uneigennüzigen Einsatz, der viel Kraft und Mühe gekostet hat, danken wir allen sehr.*

Besonderer Dank geht dabei an die *Fraktionsvorsitzenden. Dr. Eberhard Sradnick* vertritt die LINKEN seit 1990 als Fraktionsvorsitzender in Friedland. Er ist mit einem bemerkenserten Ergebnis ebenfalls in den Kreistag gewählt worden. Wir freuen uns besonders darüber, dass außer dem sehr engagierten *Dr. Bernd Stiller* aus Langewahl und *Helga Pickart* aus Alt Golm mit Eberhard Sradnick nun ein Abgeordneter aus unserer Region direkt wieder im Kreistag vertreten ist, der aus seiner Arbeit die Probleme der Leute auf dem Lande bestens kennt.

Der Dank geht an *Dr. Karin Niederstraßer* als bisherige und neue Fraktionsvorsitzende in Beeskow. In dem bei der Wahl erreichten tollen Stimmergebnis drückt sich das Vertrauen aus, das sie bei vielen Bürgern durch ihre sachliche Art und engagierte Arbeit erworben hat.

Angelika Hennig und *Reinhard Grundemann*, die beide über ihre Arbeit als Gemeindevertreter in Rietz Neuendorf hinaus als Ortsbürgermeister in Herzberg bzw. in Buckow tätig waren, sind ebenfalls mit einem hohen Stimmanteil wieder gewählt worden.

Detlef-Dirk Kolbe aus Tauche hat hat sich als Einzelkämpfer engagiert für seine Gemeinde eingesetzt und erwarb so auch das Vertrauen für den Ortsbeirat in Kossenblatt.

Danke auch an alle Genossen und Sympathisanten, die auf unseren Listen kandidierten und nicht gewählt wurden. Die meisten von ihnen werden den Abgeordneten als sachkundige Bürger zur Seite stehen.

An dieser Stelle *danken wir* sehr herzlich all unseren *fleißigen Wahlhelfern.* Ob Mitglied oder Sympathisant, sie alle

haben entscheidend zu diesem Erfolg am 28. September beigetragen.

Ohne sie wären wir nicht in der Lage gewesen, die Zielstellungen unserer Wahlprogammatik für die vier Kommunen und für den Kreistag in alle Haushalte zu bringen. Viele von ihnen standen darüber hinaus gemeinsam mit unseren Kandidaten an Infoständen den Bürgern Rede und Antwort und haben bei weiteren Aktivitäten mitgewirkt.

Die Karten sind neu gemischt.

Die neue Legislaturperiode wird allen Abgeordneten viel abverlangen. Wünschen wir ihnen viel Kraft und Optimismus.

Unsere Fraktionen werden wie auch in der Vergangenheit in den Parlamenten offen sein für eine sachliche Zusammenarbeit mit allen anderen Volksvertretern. Bei den LINKEN gab und gibt es keinen Fraktionszwang. Uns geht es um inhaltliche, sachbezogene Arbeit. Wir werden uns weiterhin der Alltagsprobleme annehmen, uns für die Erhaltung und Verbesserung sozialer Standards einsetzen. Was wir in unseren Wahlschwerpunkten versprochen haben. Dafür werden wir uns einsetzen.

Nach unserem Verständnis verlangt verantwortungsbewusstes kommunalpolitisches Handeln, alle Entscheidungen dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie unmittelbar oder mittelbar die Lebensqualität der Bürger beeinflussen. In diesem Sinne werden wir LINKEN im unserem Gebiet für die Verbesserung der konkreten Lebenssituation streiten – im Parlament und im Alltag.

Edelgard Liebscher, Vorsitzende des Gebietsvorstandes Beeskow

WahlkämpferInnen auf dem Beeskower Markt

LINKE Abgeordnete Gebiet Beeskow

■ Beeskow
- **Dr. Karin Niederstraßer** Fraktionsvorsitzende 51 J., Diplomlehrerin, Angestellte
- **Norbert Lenhard** 60 J., Beamter, parteilos
- **Hanka-Matthea Ast-Lehmann** 46 J., Kulturwissenschaftlerin / Angestellte, parteilos
- **Martina Däumler** 54 J., Lehrerin, parteilos

Ortsbeirat Beeskow-Neuendorf
- **Ullrich Stötzer** 55 J., Dipl.-Ing.-Ök./ Projektmanager, parteilos

■ Rietz Neuendorf
- **Angelika Hennig** 57 Jahre, Lehrerin, wohnt in Herzberg
- **Reinhard Grundemann** 58 J., Verwaltungskaufmann, wohnt in Buckow, Ortsbeiratsmitglied in Buckow
- **Helga Pickart** 70 J., Dipl.-Slavistin/ Rentnerin, wohnt in Alt Golm
- **Hans-Joachim Rogge** 65 Jahre, Ing. für Landtechnik / Rentner, parteilos, wohnt in Görzig

■ Tauche
- **Detlef-Dirk Kolbe** 43 J., Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt, wohnt in Kossenblatt, Ortsbeiratsmitglied Kossenblatt
- **Dr. Günter Feldmann** 71 J., Diplomökonom/ Rentner, wohnt in Lindenberg

■ Friedland
vier Abgeordnete (siehe letzte Seite)

Fraktion DIE LINKE in der SVV Friedland

Friedlands LINKE verdoppelt ihre Sitze

Dr. Eberhard Sradnick

Fraktionsvorsitzender
Tierarzt, 51 Jahre
wohnt in Leißnitz
parteilos

Horst Bartsch
Maurer, 59 Jahre
wohnt in
Groß Muckrow
Mitglied DIE LINKE

Daniel Schulz
Anlagenfahrer, 35 J.
wohnt in Leißnitz
parteilos, Gewerkschafter

Katja Borchert
Sekretärin, 51 Jahre
wohnt in Friedland
Mitglied DIE LINKE

Am 28. September 2008 haben 1 954 Einwohner der amtfreien Stadt Friedland (NL) mit ihren etwa 3 300 Einwohnern und 1 300 Haushalten über die zukünftige Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) entschieden. Die Wahlbeteiligung mit 68,13 Prozent war zufriedenstellend. Für die Wahl zur SVV stellten sich 27 Kandidaten, wovon 16 in die SVV zu wählen waren.

Die CDU, 2003 noch mit 101 Stimmen vor der damaligen PDS, konnte nur als zweitstärkste Kraft mit einem Verlust von 158 Stimmen abschneiden. Sie kann nur noch zwei Abgeordnete stellen. Die Linke konnte mit 1 495 Stimmen ihr bisher bestes Ergebnis einfahren und stellt mit 26,3 Prozent der gültigen Wählerstimmen vier Abgeordnete. Die Liste des Sportvereins SSV Rot-Weiß Friedland ist mit zwei Abgeordneten die drittstärkste Kraft.

Hervorzuheben ist das Abschneiden unseres parteilosen Spitzenkandidaten Dr. Eberhard Sradnick, der mit 1 259 Stimmen (22,2 Prozent aller gültigen Stimmen) ein absolutes Spitzenergebnis einfahren konnte. Er sorgte ebenfalls bei der Wahl für den Kreistag mit 2 798 Stimmen für einen Achtungserfolg. Mit weiteren vier Abgeordneten des Wahlkreises 3 (18 Kandidaten standen zur Wahl) konnte er in den Kreistag einziehen.

Dr. Eberhard Sradnick leitete seit 2003 die große Fraktion 12 parteilosen Abgeordneten der SVV gemeinsam mit dem LINKEN Horst Bartsch. Durch sein Engagement konnte diese große Fraktion maßgeblich dazu beitragen, dass die Kommunalpolitik unserer Stadt sozial ausgewogen war, sofern es die Gesetze der BRD und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ermöglichten. Erfolge sind u. a.:

- Drei Kindergärten, eine Ganztagsschule mit steigenden Schülerzahlen und mit eigener Küche.
- Die Nutzung der Bibliothek konnte garantiert werden.
- Drei Arztpraxen, zwei Zahnarztpraxen und zwei physiotherapeutische Praxen sichern die medizinische Grundversorgung.
- Eine positive Entwicklung des Tourismus.
- Ansiedlung neuer Einwohner.
- Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus gemäß: „Friedland – friedliches Land – friedliches Europa“.
- Clubs, Vereine und freiwillige Feuerwehr garantieren eine aktive Freizeitgestaltung für Jung und Alt.
- Die Jugendsozialstation arbeitet aktiv.
- Durch die Neuorganisation der freiwilligen Feuerwehr in sechs Löschgruppen wird ihr flächendeckender Einsatz garantiert.

Dr. Eberhard Sradnick und Horst Bartsch danken wir für ihre beispielhafte Arbeit. Danken möchten wir auch unseren sieben Wahlhelfern, die mit viel Aufwand und Kraft den Wahlkampf der LINKEN in unseren 22 Orten durchführten und u. a. mit zwei Bürgerbriefen jeden Einwohner erreichten.

Die sehr gute Arbeit und das persönliche Auftreten Dr. Eberhard Sradnicks gaben wohl den Grundstein für sein gutes Abschneiden bei den beiden Wahlen.

Leider wird die große Fraktion der vergangenen Jahre nicht mehr gemeinsam arbeiten. Die acht Einzelkandidaten beabsichtigen sich zur Fraktion „Freie Friedländer“ zusammenzuschließen. Sie haben bisher kein Angebot zur Zusammenarbeit mit den LINKEN unterbreitet. Trotzdem garantiert DIE LINKE eine sinnvolle Zusammenarbeit im Interesse der Stadt. Es bleibt zu hoffen, dass die positive Entwicklung der vergangenen Jahre bei der neuen Konstellation beibehalten werden kann. Die Abgeordneten der LINKEN stehen auch zukünftig ein für:

- die Stärkung des Handwerks, Handels, der Gastronomie, Genossenschaften und aller mittelständischen Betriebe durch gerechte Fördermittel und allgemein organisatorische Maßnahmen;
- die Weiterentwicklung des Tourismus und der Freizeitangebote;
- die Gleichbehandlung aller Ortsteile;
- die Sicherung und Schaffung sowie Ausbau von Arbeitsplätzen im kommunalen Bereich;
- weitere Ansiedlung von neuen Einwohnern, wofür derzeitig 90 Baufelder zur Verfügung stehen;
- eine Erweiterung der Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs, um das sehr hohe Preisniveau in Friedland durch mehr Wettbewerb zu regulieren;
- soziale Gerechtigkeit – ein Leben ohne Armut sollen gewährleistet werden.

Ingrid und Guntram Weinhold, Friedland

Das reizvolle Städtchen Friedland (Niederlausitz)

… liegt in einer herrlichen Wald- Seenlandschaft nördlich des Schwielochsee, 45 m über dem Meeresspiegel. Anno 1301 erfolgte wahrscheinlich die Gründung der Stadt. Verschiedene Unterlagen besagen aber auch, dass bereits 1235 von der Stadt Fredeberg gesprochen wurde. Im Jahr 1336 wird diese als Schloss und Städtchen Vredeburgh in der Lausitz erwähnt. Der heutige Name findet sich als Friedland in der Bannbulle des Papstes Clemens VI von 1350.

Im Zuge der Gemeindegebietsreform ist Friedland seit 2003 eine amtfreie Stadt mit 16 Ortsteilen und 17 314 Hektar.

Insbesondere nach 1989 erhielten viele Einzelhändler und Handwerker sowie kleine und mittlere Gewerbebetriebe starken Aufwind. Die Anzahl der Handwerksbetriebe und des Gewerbes beläuft sich heute auf etwa 290.

Friedland stellte schon immer ein typisches Landwirtschaftsgebiet dar. Davon zeugen z. B. heute noch sechs Genossenschaftsbetriebe, hervorgegangen aus den LPG der DDR, der Gartenbaubetrieb Kucher und der Sauenhof Dr. Reinhard & Christian Holtschke.

Der neugegründete Tourismusverein hat in den Räumen der Burg seinen Informationspunkt und organisiert viele Veranstaltungen.

Friedland verbinden enge Freundschaften und Kontakte zu seinen sieben Namenspartnern in Deutschland, Russland, Polen, Nordböhmen. Getreu dem Motto „Friedland – friedliches Land – friedliches Europa“ treten alle Partner für Frieden, Freiheit, Demokratie, Durchsetzung der Menscherechte, Selbstbestimmung, Vertrauensbildung und partnerschaftliche Zusammenarbeit ein.

Ingrid und Guntram Weinhold, Friedland

Kontakt: DIE LINKE Friedland
Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Mauerstraße 27, 15848 Beeskow
Tel. (0 33 66) 2 02 02, Fax (52 03 69)
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de